

# Übicker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Übicker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46,

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petitzeile oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 7.

Mittwoch, den 9. Januar 1907.

14. Jahrg.

Achtung!

## Öffentliche Wählerversammlung in: Luisenlust, Friedrich-Franz-Halle, Flora.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

### Zur Auffrischung des Gedächtnisses.

Daß nach der Ergebung von ca. 150 Hörerinnen und Hörern die Hälfte der „nationalen Ehre“ zu schützen übrig bleibt, ist der Regierung selbstredend ein Strich durch ihre Wahlrechnung. Muß sich doch nun jedermann im Deutschen Reich fragen, wozu denn wohl jetzt noch 8000 Mann in Südwestafrika bleiben sollen. Und so hat sich denn vor ein paar Tagen die Regierung veranlaßt gesehen, in ihrem offiziellen Sprachrohr, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitg.“, all diejenigen, deren Intellekt einer amtlichen Stütze bedarf, aufzuführen über die Frage: „Warum 8000 Mann?“ Es handelt sich um ein Gebiet  $1\frac{1}{2}$  mal so groß wie das deutsche Reich; man solle sich vorstellen, daß das ganze Deutsche Reich nur von 8000 Mann besetzt wäre und daß etwa in Schlesien ein Feind einbräche; wie sollten dann, zumal ohne Eisenbahnen und ohne Chausseen, die Truppen vom Rhein, von Ostpreußen etc. schnell genug an die bedrohten Punkte geworfen werden u. s. w., u. s. w.

Es ist nicht unsere Absicht, diese Ausführungen zu widerlegen. Unsere Leser sind intelligent genug, um die Hohlheit dieses Geredes ohne weiteres zu durchschauen und sich z. B. zu sagen, daß mit solchen Argumenten sich auch die Notwendigkeit einer Armee nicht von 8000, sondern von 500 000 Mann „beweisen“ ließe. Sondern was uns veranlaßt, diese Auslassung der Regierung näher zu betrachten, sind zwei Stellen des Artikels. An einer Stelle heißt es:

„... 123 Ansiedler wurden im Hereroland ermordet, weil nicht genug Truppen da waren, um sie zu schützen.“

Also um das Leben der Farmer zu schützen, soll das ganze Volk hunderte von Millionen ausgeben. Da erlauben wir uns die bescheidene Anfrage, was wohl Regierung und offizielle Presse sagen würden, wenn jemand verlangte, es sollten hunderte von Millionen ausgegeben werden, um das Leben von Arbeitern zu schützen? Vermutlich würden sie den Forderer für geistesgestört halten. Siehe die Verhandlungen im Vorussia-Prozeß, wo ein Vertreter von „Bildung und Besitz“ erklärte: „Schließlich wollen wir doch nicht bloß Arbeiter schützen, sondern auch Kohlen fördern!“ — Die Farmer in Südwestafrika betreiben ihr Geschäft, um Geld zu verdienen. Mit Stolz hat ja erst neuerdings der „N. A. Z.“ auf Herrn Schlettwein hingewiesen, der durch Viehzucht dort unten zum wohlhabenden Mann geworden sei. Nun, dann müssen die Herren auch das Risiko des Geschäfts tragen und eine Schutztruppe auf eigene Kosten halten, wenn sie nötig ist. Ob sie freilich nötig ist, das ist noch sehr die Frage. Die Behauptung nämlich, daß jene 123 Ansiedler ermordet worden seien, weil nicht genug Truppen da waren, um sie zu schützen,

zeugt von einer erstaunlichen Rücksicht. Am Abschluß des Jahres 1906, des Jahres der Kolonialklandale, wissen wir doch, daß der Aufstand — und folglich auch die Ermordung der Farmer — ganz andere Ursache hatte als den Mangel an Truppen, nämlich die Brutalitäten und Bestrafungen deutscher Kolonialhelden. Ist nicht erst vor 3 Monaten das Buch des Gouverneurs Leutwein erschienen, in welchem er über die Urtagungen des Krieges ganz andere Dinge erzählt? War es nicht die Gewalttat des deutschen Leutnants Jobst, welche die eingeborenen schließlich zur offenen Empörung trieb? Und selbstverständlich war sie nur der Trocken, der das volle Faz zum Überlaufen brachte. Mitgewirkt haben die zahllosen Schandtaten, von denen wir im abgelaufenen Jahr einen winzigen Teil (siehe die Rede des Abg. Roeren am 3. Dezember) erfahren haben. Wer sich unter solchen Umständen erkämpft zu behaupten, die 8000 Mann seien zur Sicherheit der Farmer nötig, der spekuliert auf die Vergleichlichkeit der Wähler, um sie über den wahren Stand der Dinge und über seine wahren Absichten zu täuschen.

Dann kommen wir zu der anderen erwähnenswerten Stelle des Artikels der „N. A. Ztg.“, welche lautet: „Zweifelt irgend jemand an dem ehrlichen Wollen aller Beteiligten, möglichst bald den Frieden herbeizuführen und die Truppen zurückzuziehen? Wer sollte an der Fortsetzung des Krieges eine Freude haben?...“ Und dann werden aufgezählt: die Ansiedler, die Farmer, die Regierung, die Soldaten, der Gouverneur, der Truppenführer. Sie alle, alle sehnen sich nach Frieden und so kann das Volk ganz beruhigt sein; wir würden zum Frieden kommen, sobald das eben möglich sei.

Trotz heissen Bemühens kann also der offizielle Artikelschreiber gar niemanden entdecken, der an der Fortführung des Krieges oder vielmehr (denn schon diese Fragestellung bedeutet eine Erfüllung der Wünsche) an der Belassung von möglichst viel Truppen in der Kolonie einen Interesse hätte! Niemanden trotz all der standesamtlichen Dinge, die das Jahr 1906 ans Tageslicht gebracht hat! Ein tollerer Hum-

bug ist kaum jemals dagewesen! Nun, wir wissen solche Leute, denen die Unwesenheit von Soldaten in Südwestafrika klingendes Gold in die Taschen bringt, und wenn die Regierung sie total vergessen hat, so wollen wir ihr Gedächtnis ein wenig auffrischen, zugleich aber dafür sorgen, daß keiner Wähler sie vergißt am Tage der Abrechnung, am 25. Januar!

Aus der langen Reihe von Namen, die hier in Betracht kommen, heben wir zunächst nur zwei heraus, die Namen Tippelskirch und Woermann. Ende Juli und Anfang August 1906 veröffentlichten die Zeitungen was folgt:

„... Nun kam diesen Winter die bekannte Kolonialdebatte; ... in der Debatte mußte sich die Firma (Tippelskirch u. Co.) nachweisen lassen, daß sie über den kaufmännischen Gewinn hinweg 30 bis 40 Prozent Übergewinn nehmen, und da in den letzten Jahren der Gesamtbedarf der Lieferungen auf 8 bis 9 Millionen Mark gestiegen war, so hatte die Firma einen jährlichen Übergewinn von 2 Millionen Mark.“

Die Hunderte von Millionen, welche die Kolonialwirtschaft seit 6 Jahren verloren hat, sind zum großen Teil ... für Lieferungen ausgegeben worden, bei denen einige wenige Unternehmer ungeheure Summen verdient haben...“

Ein Magdeburger Schuhlieferant mußte an Tippelskirch u. Co. Kavalleriestiefel pro Paar für 18 Mk. liefern. Tippelskirch ließ sich für das Paar, nachdem er sie mit einem Aufwand von höchstens 25 Pfennig pro Paar hatte gelackieren lassen, 23,20 Mk. bezahlen. Allein der Magdeburger hatte 28 000 Paar solcher Stiefel geliefert! Der Markterfolg der Firma Tippelskirch belief sich bei anderen Schuhen und Stiefeln auf 45,50, ja selbst auf 80 bis 100 Prozent.“ Zehn Männer-Pferdegespanne kauften die Firma für 900 Mk. und verkaufte sie an das Reich für mindestens 2000 Mk.

Nun zu Woermann. Von dieser feinen Firma erfuhr man Mitte August 1906:

„Die Woermann Linie berechnet für die Beförderung von Lebensmitteln von Hamburg bis Swakopmund bei einer Reisedauer von 25 Tagen pro Kubikmeter 43 Mk., der Norddeutsche Lloyd (und ebenso alle anderen Reedereien) dagegen für die 50 Tage in Anspruch nehmende Reise von Hamburg nach Tsingtau (Ostasien) nur 37,50 Mk. Frachtkosten... Die Beförderung einer mittelgroßen Kiste Konserve von Hamburg nach Swakopmund kostet beispielsweise 3,70 Mk. Fracht; von Hamburg nach Tsingtau kostet dieselbe Kiste bei der doppelt großen Entfernung an Fracht nur 4,40 Mk. und der Regierung (weil sie 20 v. St. Rabatt bekommt) sogar nur 3,70 Mk. Das macht einen Unterschied von 40 Prozent bei der halben Leistung. Rechnet man das pro Jahr zusammen, so kommt man zu ganz ungemeinen Summen. Die Regierung läuft jährlich ca. 250 000 Kubikmeter nach Swakopmund befördern. Darauf hat die Woermann Linie allein einen Übergewinn von 3 Millionen Mark...“

Dazu kamen die Liegegelder:

„Es war allgemein bekannt, daß im günstigsten Falle in Swakopmund wöchentlich etwa 4000 Tonnen gelöscht werden konnten. Trotzdem hat man Dampfer über Dampfer hinausgefunden. Es lagen mitunter 7—8 Dampfer auf der Reede, welche etwa 30 000 Tonnen enthielten. Diese mußten nun so lange warten, bis sie zum Entladen an die Reihe kamen. Für die Verzögerung berechnete Woermann hohe Liegegelder. Bis 4. Februar 1906 sind der Woermann-Linie 1 537 000 Mark gezahlt worden.“

Zugleich erfuhr man, daß die deutsche Ostasien-Linie aus fast genau denselben Teilnehmern besteht wie die Woermann-Linie, daß sie vom Reich eine jährliche Subvention von fast  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark bekommt und daß sie zum Dank dafür dem Reich teure Frachten berechnet als den Leuten in der um 600 Seemeilen weiter entfernten portugiesischen Kolonie Ostafrikas. Endlich, daß die Firma Tippelskirch Agentin sowohl der Woermann-Linie als auch der Ostafrika-Linie sei.

Noch kein halbes Jahr ist vergangen, seitdem das alles bekannt geworden, und schon wagt man es, so zu tun, als würde man niemanden, der an der Fortsetzung des Krieges ein Interesse hätte!

Nun kann darauf erwidert werden, erstens, daß ja die Verträge mit diesen beiden Firmen bereits gelöst seien, zweitens, daß diese beiden Firmen doch Privatleute seien, die auf die Entwicklungen des Reiches keinen Einfluß hätten.

Die Lösung der Verträge hat wenig zu bedeuten. Zunächst hat man werkwürdig wenig davon erfahren. Bei dem großen Aufsehen, das die Sache erregt hat, hätte man genauere Auskünfte erwarten sollen, besonders auch über die Bindungen, unter denen die Lösung erfolgt ist. Statt dessen nur eine kurze Mitteilung über die Taktik von Dernburg (Excellenz) und das genügt. Ob ab gerade Herr Dernburg mit der Kolonialbilanz der Mann ist, auf dessen bloße kurze Mitteilungen bestmöglich Gewicht gelegt werden kann, darf eben andere Firmen an Stelle der Woermann und

Tippelskirch getreten. Und selbst angenommen, daß sie keine Lebenerwerb gewinne mehr machen, so machen sie doch Gewinne und sicherlich nicht zu knapp. Sie haben also ein Interesse an der Fortsetzung des Krieges. Nebenbei sind ja die Tippelskirch und Woermann fernerwegs die einzigen! Am 11. August 1906 wurde dem „Vorwärts“ aus Südwürttemberg geschrieben: „... Wieviel Millionen von anderen großen Firmen, z. B. in München, verdient wurden, davon ist heute gar keine Rede.“ Auch sonst wurden häufig genug Änderungen auf andere Firmen gemacht, wie denn der Abg. Erzberger schon am 25. Juli gedroht hat, er werde einmal „gründlich auspacken“: „Man wird dann staunen, wie es tatsächlich in Südwestafrika aussieht. Was hier an Geld vergeben worden ist, übersteigt alle Begriffe.“ (Nota bene: er hat niemals „gründlich ausgepackt“)

Haben denn aber solche Firmen Einfluß auf die Entscheidungen des Reichs? Ferner sei es von uns, dergleichen zu behaupten. Wir behaupten nur, was wir beweisen können. Und das ist, daß diese Firmen außerordentlich gute Beziehungen haben zu den entscheidenden Stellen im Reich. Wiederum Ende Juli und Anfang bis Mitte August mußten die Befürchtungen zu erzählen, daß die Firma Tippelskirch gegründet worden ist im Jahre 1895 von Herrn Tippelskirch und dem damaligen ehemaligen Rittergutsbesitzer Herrn von Bodenstedt. Sie erhielt auch sofort im Mai 1896 einen fünfjährigen Lieferungsvertrag für die Schutztruppe. Herr v. Bodenstedt ist dann Minister geworden und hat später seinen Geschäftsbereich auf seine Frau übertragen, „ohne aber sein reges Interesse für das Blühen dieses Unternehmens zu verbergen“ er hat ja persönlich im letzten Winter noch (d. h. 1905/06) Abgeordnete eingeladen, das Geschäft seines Freundes Tippelskirch zu besichtigen. — Bei „... im Jahre 1902 wurde als stiller Teilhaber (der Firma Tippelskirch) der in der Kolonialabteilung beschäftigte Legationsrat Dr. Bumiller gewonnen, der 100 000 Mk. in das Geschäft gestellt hat.“

Des Weiteren wurde öffentlich hingewiesen auf „stille Wohltäter“, welche der Firma monatelang vorher Mitteilung machten von bevorstehenden Änderungen in der Bekleidung der Armee. Selbstverständlich könnten das nur „höher gestellte Beamte“ sein, denn niedere Beamte könnten das monatelang vorher selbst nicht wissen. — Ferner: als der Oberstleutnant Quade von der „Tägl. Rundschau“ in der bekannten Weise angewornt wurde, teilte er öffentlich mit, daß die Firma Tippelskirch für die Offiziere der Schutztruppe „den Charakter einer Bank“ gehabt habe, von der sie auch bare Darlehen empfangen hätten.

Doch es handelt sich ja keineswegs um Tippelskirch allein. Als der Geheimrat Hellwig sofort nach seinem Austritt aus dem Dienst in den Aufsichtsrats der Firma Lenz eintrat, die u. a. den Bahnbau Süderhafen — Kubub ausführt, las man was folgt:

Solche Hölle des Eintritts aus dem Dienst ausscheidender Beamten und Offiziere sind übrigens nichts außergewöhnliches.“

Und es wird der Fall eines Offiziers angeführt,

„dem sofort nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst Aufsichtsratsstellen bei den Gesellschaften, mit denen er vorher dienstlich zu tun hatte, mit Erträgen in Höhe von 20—30 000 Mk. fähiglich zufließen.“

Für die Gesellschaften, welche frühere Minister, Staatssekretäre, hohe Beamte und Offiziere in den Aufsichtsrat nehmen, bedeutet diese Wahl auch gar kein Opfer, wohl aber schafft sie ihnen gute Verbindungen, die mitunter von sehr großem Wert sind.“

Versuche, dieser Wirtschaft entgegen zu treten, seien nicht nur bei den betreffenden Verwaltungen, sondern auch bei den einzelnen (kapitalistischen) Parteien des Reichstages auf Schwierigkeiten gestoßen:

„Es sei hier nur an das Geschäftsmönopol, an den Pulverring, die Panzerplattenlieferungen erinnert; derartige Verhältnisse lassen sich heute in großer Zahl nachweisen.“

Und endlich hat ja die „Germania“ noch am 18. Dezember geschrieben: wenn die Zentrumsabgeordneten plaudern wollten, dann wäre wohl kein Minister und Staatssekretär mehr 24 Stunden in seinem Amt.“ — Nach all diesen Entwicklungen kann wohl nur ein Kind noch an den sehr einflußreichen Verbindungen der Firmen zweifeln, die mit dem Reich Geschäfte machen.

Nun fällt es uns gewiß im Traume nicht ein zu behaupten, daß irgend eine Behörde den Krieg verlängern will, oder daß die Regierung auch weiterhin 8000 Mann in Südwestafrika belassen will in der Absicht, den Lieferungsfirmen Profite zu zuwenden. Von den Absichten der Regierung reden wir überhaupt nicht, aus dem einfachen Grunde, weil wir davon nichts wissen, stattdessen und alldeutig es uns nicht gegeben ist, in die Köpfe und Herzen anderer Leute hineinzuschauen. Vielleicht bestreiten wir uns auf die einfache Feststellung von Tatsachen. Und diese Tatsachen sind folgende:

Je mehr und je länger Truppen in den Kolonien bleiben, desto größer und je größer die Profite der großen Lieferungsfirmen. Indem also die Regierung — mag sie wütigen haben, welche

se wolle — große Truppenmassen in den Kolonien hält, so ist eine Wirkung immer die, daß Millionen über Millionen, die das hungrende Volk aufzubringen muß, in die Taschen von Kapitalisten fließen, die sich mit hohen Reichsbeamten gut stehen.

Werwahrte die nationale Ehre, mit der man als Wahlparole unser Volk herauschen will, nimmt sich bei Lichte beider, höchst unlöchern aus!

## Zur Reichstagwahl.

**Auf Kosten der Sozialdemokratie** möchten die Freisinnigen gar zu keinem Wahlgeschäfte machen. Das hat Herr Bughnike von der weiblichen Linie des Freisinnigen in einer Rede in Ludwigslust gar deutlich erkennen lassen. Er schreibt da u. a. aus: Das Zentrum dürfte in ungefähr der alten Stärke wiederkehren. Von der Zahl der sozialdemokratischen Mandate hängt deshalb das Schicksal des neuen Reichstags ab. Würde die Sozialdemokratie auf hundert und noch mehr Mandate anwachsen, denen ein entsprechender Verlust der Liberalen gegenüberstehe, dann gingen wir einer ernsten Krise entgegen. Erfährt dagegen der Liberalismus eine Verstärkung, um sagen wir, auch nur 20 Sitze und wird die Sozialdemokratie um eben so viel geschränkt, so nimmt die innere Entwicklung einen ruhigen Gang. Die Entscheidung hängt also gerade von solchen Wahlkreisen ab, in denen, wie in Parchim-Ludwigslust, es darauf ankommt, ob der Freisinn in die Stichwahl gelangt. Professor Hans Delbrück gibt den Konservativen, denen er nahe steht, den dringenden Rat, nicht darauf hinzuwirken, daß der Freisinn aus der Stichwahl verdrängt wird, weil andernfalls die Gefahr eines sozialdemokratischen Wahlstieges herauftrete. Ob die Konservativen diesen Rat befolgen, ist ihre Sache. Jedenfalls übernehmen sie dann aber eine schwere Verantwortung. Der Appell des freisinnigen Zuckerwasser-Redners wird auf die Konservativen natürlich noch weniger Eindruck machen als die Mahnung Delbrücks. Den Konservativen ist vermutlich recht wenig daran gelegen, daß die innere Entwicklung einen "ruhigen Gang" nimmt, wenn sie dem Liberalismus Vorteil bringen soll. Es macht übrigens einen geradezu lästigen Eindruck, sich so die "Liberalen" den Konservativen als "Staatsräte" anbieten zu sehen. Daß die "Liberalen" so für den "ruhigen Gang" der Weiterentwicklung schwärmen, charakterisiert sie genügend. Dieser "ruhige Gang" wäre nämlich nichts anderes, als daß die Regierung in allem ihren Willen bekommt und der Reichstag darauf verzichtete, eine eigene Meinung zu haben. Wenn die Bülow und Konsorten mit ihrer operettenhaften Reichstagsauflösung jetzt Erfolg hätten, dann würden sie bei der ersten besten Gelegenheit, wo der Reichstag wieder schwierig würde, das gleiche Experiment versuchen. Der Teufel hole die "ruhige Entwicklung", wenn sie immer weiter rückwärts geht und die Reaktion immer mehr Oberwasser bekommt.

Die Freisinnigen sind die Letzten, die uns vor dem völligen Hinabstürzen in den reaktionären Sumpf bewahren könnten.

### Eine kolonialpolitische Wahlrede

hielt in Bonn in einer liberalen Wählerversammlung der schwere Oberkommandierende in Südwestafrika, von Trotha. Daß er die "Notwendigkeit" des Kolonialbesitzes für Deutschland betonte und meinte, wie alle Nationen "müssen" auch Deutschland für seine Kolonien Blut vergießen, kann nicht überraschen. Das ist ja das Dogma aller Kolonialfanatiker. Übrigens gab von Trotha zu: die in den Kolonien beobachteten militärischen Grundsätze seien nicht immer richtig gewesen. Und doch heißt es, man müsse "sich auf die militärischen Sachverständigen verlassen". Weiter führte der Redner aus: Wir brauchen Kapital für die Kolonien ebenso wie Menschen, aber nicht verfrachte Existenz, sondern tatkräftige, spekulative Köpfe. Die Industrie habe in den Kolonien ein großes Absatzgebiet zu erwarten. Die Landwirtschaft aber müsse damit rechnen, daß eines Tages von dort Getreide ausgeführt würde. Ganz gewiß würde der Kolonialfanatismus unserer Agrarier an dem Tage aufhören, an dem der erste Doppelzentner Kolonialgetreide in einem deutschen Hafen anlangt.

**Über den Wert der deutschen Kolonien** äußerte sich die "Freisinnige Zeitung" am 12. Februar 1903;

Sicherlich sind Kamerun und das Togogebiet noch relativ weniger ungünstig als die geradezu trostlosen Schuggebiete von Südwestafrika und Deutsch-Ostafrika. Es wäre unseres Erachtens unverantwortlich angemessen, der Finanzlage . . . neue Aufwendungen für Afrika zu bewilligen.

Und wenige Wochen später, am 17. März 1903, erschien in dem führenden Organ der Freisinnigen Volkspartei folgendes vernichtende Urteil über Südwestafrika:

Das ganze Schuggebiet hat wirtschaftlich nicht den geringsten Wert, es sei denn, daß sich dort noch Mineralien finden, deren Gewinnung sich lohnt. Aber in dieser Beziehung ist man nie über "Annahmen" und "Hoffnungen" hinausgekommen. Auf Deutsch-Südwestafrika bezieht sich der Ausspruch des Grafen Caprioli ganz besonders: "Je weniger Afrika, desto besser!" Fürst Bismarck hatte 1883 mit seiner Kolonialpolitik in Südwestafrika eingezogen, weil das Land Herrenlos war und er überhaupt irgendwo einen Anfang machen wollte mit solchen Besitzergreifungen. Graf Caprioli aber war schon einmal nahe daran, Deutsch-Südwestafrika aufzugeben. Hätte er es nur getan! Dutzende von Millionen würden den deutschen Steuerzahldern erspart worden seien.

Damit vergleiche man die Angaben des Flugblattes, das gestern dem Amtsblatte beilag und in dem vom Wert der Kolonien" gefaßt wurde. Originell ist es, daß dasselbe Freisinnige den Kolonien auch den geringsten Wert abweicht, jetzt kommt, daß die nationale Ehre verlegt wird, um nicht weiter ungezählte Millionen in die südwestafrikanische Sandwüste geworfen werden.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Eine Erwähnung des Reichstages über die Lage in Südwestafrika** seitens der Regierung würde sich ergeben, wenn die Angabe der Königsvorger Volkszeitung richtig wäre, die aus einem ihr zur Verfügung gestellten Brief eines Beamten in Südwestafrika folgende Stelle mitteilt: Am 2. Dezember wurde in Windhuk bekannt, daß sich 120 Deputierte ergeben haben. Oberst von Beimling hat damit den Sitzung im außerordentlichen

erledigt, denn er bestellte bereits für den 4. Dezember sein Automobil nach Keetmannshoop, um den Kriegsschlagplatz zu verlassen. Am 1. Januar 1907 soll der Krieg als definitiv beendet erklärt werden. Dieser auch in den "Vorwärts" übergegangenen Nachricht sagt die Nord-Algemeine Zeitung folgendes offizielle Dementi entgegen: Demgegenüber wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß die vom Oberst v. Beimling an den Generalstab gerichtete Meldung über die Unterwerfung von Johannes Christian mit dem Stamm der Bondelzwarts, darunter 120 Männer mit 105 Kleinkalibergewehren, am 24. Dezember, 4 Uhr nachmittags, von Keetmannshoop ausgegangen, in Berlin am 25. Dezember, 12 Uhr 30 Min. vormittags eingetroffen ist und alsbald durch Wolfs Bureau veröffentlicht wurde. Wenn die Norddeutsche bezw. die Regierung die Unrichtigkeit der Nachricht ber. Königsvorger Volkszeitung positiv beweisen wollte, hätte sie sich schon etwas bestimmter ausdrücken müssen. Die Tatsache, daß die Nachricht erst am 24. Dezember vom Oberst Beimling abgeschickt worden ist, würde es zwar wahrscheinlich machen, aber noch nicht positiv beweisen, daß die Unterwerfung nicht viel früher in Windhuk bekannt gewesen ist. Das Telegramm Beimlings enthielt — wenigstens in der Veröffentlichung des Wolfsbureaus — keine Angabe über den Tag, an welchem sich die 120 Bondelzwarts unterworfen haben. Dessen Tag festzustellen, darauf kommt es aber in erster Linie an.

Mit dem deutsch-amerikanischen Handelsvertrag steht es offenbar sehr schlecht. Nach einem Newyorker Telegramm des "Berliner Lokalanzeiger" versprach Roosevelt dem republikanischen Sprecher des Repräsentantenhauses, Cannon, weder dem gegenwärtigen Kongress Vorschlägen wegen irgendetwelcher Tarifffragen zugehen zu lassen, noch den neuen Kongress im Frühjahr deshalb zu einer Extra session einzuberufen. Bülow hat sich also schwer getäuscht, als er bei Beratung des deutsch-amerikanischen Handelsprovisoriums im Reichstag die bestimmte Zuversicht ausprach, mit den Vereinigten Staaten zu einem annehmbaren Abkommen zu gelangen. Aber das ist nur eine der vielen Täuschungen, die der allzu optimistische "Staatsmann" schon erlebt hat. Seine ganze Laufbahn ist eigentlich nur eine Reihe zerstörter Illusionen. Doch das stört den Einzelgläubigen nicht; sein Herr will ja keine Schwarzeleher dulden, also sieht Bülow alles rosig, bis er eines Tages in den Dokus fällt.

**Der Wassermloch** wartet wieder auf Beute. Der Korrespondent der Londoner "Daily Mail" in Berlin weiß zu berichten, sofort nach den Wahlen werde die deutsche Regierung vom neuen Reichstag die Bewilligung einer Vermehrung des Tonnengehalts für den neuen Panzerkreuzer verlangen, der im Jahre 1907 gebaut werden soll. Dieses Schiff, das mächtiger werden soll als der "Dreadnought", werde 20 000 Tonnen Wasserverdrängung haben. Es werde mit Turbinenmaschinen ausgerüstet und werde alle technischen Kreuzer an Geschwindigkeit übertragen. Es ist wahrlich Ursache genug vorhanden, alle Kräfte einzubinden, um das Zustandekommen einer Kommandogewaltjuristität zu verhindern. Man sieht, die Regierung überbietet sich selbst in immer neuen Ansprüchen unter gleichgültiger Nichtbeachtung der Leistungsfähigkeit des Volkes. Diese Art von modernem Absolutismus wirkt auf die Dauer viel gemeinschädlicher, als der immerhin noch mit begrenzten Möglichkeiten zu rechnen gezwungene Absolutismus des achtzigsten Jahrhunderts.

**Das Verfahren eingestellt!!** Das Landgericht in Berlin stellte das Strafverfahren, das gegen zwei Beamte der Kolonialabteilung, den Geheimen expeditionären Sekretär Schneider und den Geheimen Sekretariatsassistenten Götz, wegen Verlehung der Altersverschwiegenheit (angeblicher Auslieferung geheimer Aktenstücke an den Abgeordneten Erzberger) eingeleitet worden war, ein. Gleichzeitig wurde vom Reichskanzler die Suspension der beiden Beamten vom Amte aufgehoben.

Aus der Zentrumsparthei ausgeschlossen ist nunmehr in aller Form der bisherige Reichstagsabgeordnete Füssangel. Ein Bericht vom 6. d. M. aus Hagen meldet: Das Wahlkomitee der Zentrumsparthei für den Wahlkreis Lippe-Wesenberg stellte heute den offiziellen Kandidaten auf. Der Vorsitzende der westfälischen Zentrumsparthei teilte telegraphisch mit, daß der bisherige Abg. Füssangel aus dem Provinzialwahlkomitee ausgeschlossen worden sei. Bei der Abstimmung erhielt Arbeitssekretär Becker aus M. Gladbach 54, Füssangel 14 Stimmen.

Und abermals eine "kleine" Armeevermehrung! In militärischen Kreisen verlautet nach der "Mil. Pol. Kor." das Folgende: Mit der im Etat 1907 vorgesehenen Aufstellung eines vierten Telegraphenbataillons wird der Ausbau der Telegraphenformationen durchaus nicht als abgeschlossen zu betrachten sein, zumal beim Feldfunkensprechwesen, nach den Erfahrungen der Japaner und auch unseren eigenen bei den Kaisermanövern, ein weiterer Raum zu geben ist. Zunächst sollen die Telegraphenbataillone eine vier-teile Telefunkenkompagnie erhalten. Im übrigen deutet die im Etat für das Jahr 1907/08 beantragte Schaffung der Stellungen für einen Inspekteur der Feldtelegraphie und von zwei Inspektoren der Telegraphentruppen schon auf eine weitere Ausgestaltung hin. Diese ist auf acht Telegraphenbataillone zu vier Kompanien, im Laufe der Zeit, beabsichtigt. Die Einheiten in den Truppen, die heute rund drei Regimenter aufweisen, sollen bei der enorm gestiegenen Bedeutung der Bahnen für den Nachschub im Kriege um ein weiteres Regiment vermehrt werden. An der Spitze der in zwei Brigaden zu zerlegenden Eisenbahnen würde dann ein General mit dem Range eines Divisionskommandeurs treten. Der bisherige Inspekteur der Verkehrstruppen — dem gegenwärtigen Inhaber der Stellung ist übrigens schon der Charakter des Generals der Infanterie verliehen worden — würde zum Generalinspekteur der Verkehrstruppen, d. h. zur Stellung eines kommandierenden Generals, aufrücken. In aller Selbstverständlichkeit wird hier eine Vermehrung der Armeen um einige Tausend Mann in Aussicht gestellt. Warum sollte auch Zurückhaltung geübt werden, wenn sogar den "unentwegtesten" Freisinnigen das Verlangen der "militärischen Sachverständigen" unbedingt maßgebend ist.

**Überfall auf deutsche Diplomaten in Persien.** Während eines Jagdausfluges nach einem etwa 30 Kilometer von Teheran entfernten Ort wurden Legationssekretär Freiherr v. Richthofen und Dr. Schulz überfallen und beraubt. Beide blieben unverletzt. Die Regierung hat auf Verlangen des Gesandten Stemmer Bestrafung des Schuldigen und Erbsatz des entstandenen Schadens zugesagt. — Der Legationssekretär v. Richthofen war bis vor kurzem dritter Sekretär bei der Botschaft in Petersburg und wurde von dort nach Teheran versetzt. Der deutsche Gesandte in Teheran Dr. Siemrich ist gleichfalls erst seit kurzer Zeit auf seinem Posten. Er war bis zum Oktober 1906 Generalkonsul in Konstantinopel.

### Rusland.

Die Regierung empfiehlt "Stroh zu essen". Unter der hungerleidenden Bevölkerung wütet bereits Storbrot und Kavas. Mehrere Gouvernements sagten dem Eidgass

Panama ohne das nötige Getreide geblieben. In anderer Gouvernements ist von den Lieferanten und Kommissarier der Regierung untaugliches Getreide zugestellt worden. Dort wo Getreide verteilt wird, ist das auf jede Familie kontrahiert. Quantum so gering, daß es völlig ungenügend ist, um die Hungerleidenden auf eine menschenwürdige Weise zu ernähren. Nun aber ist die Regierung auf ein prachtvolles Mittel verzessen, um alles in Ordnung zu bringen. So wie die englischen Kapitalisten in früheren Zeiten Rezepte von billiger Suppen erfunden haben, um die durbenden Proletarier auf diese Weise zu versorgen, so hat jetzt auch die russische Regierung die hungrenden Bauern mit einem prächtigen Rezept versorgt. Sie empfiehlt den Bauern, Brot aus Stroh zu backen. — Der Selsky Westnik, eine landwirtschaftliche Zeitschrift zu den offiziellen Regierungsboten, bringt ausführliche Anweisungen darüber, wie Mehl aus Stroh zubereitet werden soll. Ein Bauer soll das Stroh vom Unkraut abscheiden, an reinigen, trocken lassen und es dann zu Mehl verwandeln. Aus Strohmehl mit Roggemehl vermisch, wird nach Angabe des Selsky Westnik prachtvolles Brot gebacken. Es wird besonders empfohlen, noch z. B. Leinuchen, Leinölreiter einzumischen; dann könnten sogar Kranken das Strohbrot zuvertragen. Auf diese Weise kann die Bauernbevölkerung, wenn sie hungrig, Stroh essen! Es heißt also die russische Regierung das gemeine Volk gerade gut genug dazu, um sie mit Viehfutter zu ernähren!

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 9. Januar.

Inzug von Tischlern, Drechsler, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

### Die Streikleitung.

Achtung, Tischler! Neben der Werkstatt des Tischlermeisters Kröger in Mensefeld ist wegen Anfertigung von Streikarbeit für Lübeck die Sperrre verhängt.

### Die Streikleitung.

Achtung, bangewerbliche Arbeiter! Neben das Büro des Unternehmers Briege (Kattowig), Hochöfenwerk, ist seitens der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter wegen Nicht-Anerkennung des Arbeitstarif's die Sperrre verhängt. Kein Kollege darf dort in Arbeit treten.

**Geheimnisrämer.** Der Ordnungsbetrieb hat verdammt lange auf sich warten lassen, bis er seinen Kandidaten der Öffentlichkeit vorstellt. Er wird jedenfalls auch guten Grund dafür gehabt haben, denn es ist doch so einfach, die Interessen sämtlicher Rückenschreiber zu vertreten, wenn man sich zugleich ein liberale Mäntelchen umhängt. Herr Klein ging deshalb zunächst aus die Dörfer, wo er unter strengster Vermeidung der weiteren Öffentlichkeit, Versammlungen abhielt. Über dieselben berichtet sein mehriger Schildknappe Heise wie folgt:

"Die vereinigten bürgerlichen Parteien haben die Landagitation kräftig aufgenommen. Sonntag stellte sich der Kandidat Herr Oberpostassistent Julius Klein in ausgezeichnet besuchten Versammlungen in Harnsdorf, Giesendorf und Brehlendorf, Montag in Niendorf i. L. seinen Wählern vor. Seine Ausschreibungen fanden lebhafte Zustimmung. Überall knüpften sich an den Vortrag interessante Diskussionen, die meist mit einem Hoch auf den Kandidaten schlossen. Recht erfreulich ist auch, daß sich in den genannten Orten Lokalmitglieder befinden, die die Kleinarbeit vor und am Wahltag selbst ausführen wollen. Die Aussichten für die Kandidatin Klein sind nach den bisherigen Erfahrungen auch auf dem Lande überaus günstige. Man will hier den letzten Mann in die Urne bringen."

Das Papier ist geduldig und die Aussichten des Herrn Klein sind "auf dem Lande günstige", so schreibt der "Landbote". Wir sind der Meinung, daß man die Bewohner des Landgebietes höchstens nicht, als es hier geschieht, denn die Landbevölkerung hat es durchaus nicht verdient, zu den Einfaltspinseln gerechnet zu werden; das wären sie nämlich, wenn sie die Kandidatur Klein unterstützen. Herr Klein hat es noch nicht einmal gewagt, seinen Gegnern entgegenzutreten, weil er dies nicht kann.

**Wählerversammlung.** Die am Dienstag abend in "Wafenz-Bellevue" stattgefunden Wählerversammlung erfreute sich eines außerordentlich guten Besuchs. Es waren fast nur Arbeiter anwesend, nur vereinzelt ein Mitglied des Bürgertums. Das Programm der bürgerlichen Mischmachvereinigung, soweit von einem solchen in den bisherigen Versammlungen gesprochen werden kann, und das des Herrn Klein wurde von dem Referenten, Genossen Wissel, unter der Heiterkeit der Anwesenden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Das war offenbar einem Anhänger Kleins auf die Nerven geschlagen; er meldete sich zum Wort und meinte in sehr abgerissenen Sägen, es sei nicht richtig, daß man auch über Herrn Klein gesprochen habe, in einer solchen Versammlung müsse man sein eigenes Programm entwickeln. Das habe er mindestens erwartet. Ihm wurde vom Referenten erwidert, daß die Person des gegnerischen Kandidaten aus dem Spiel bleiben solle; als Parteimann aber müsse er es sich schon gefallen lassen, sein Programm einer Kritik unterworfen zu sehen. Unser Programm sei schon in so vielen Versammlungen entwickelt, das kennen die Anwesenden so gut und eingehend, daß es unnötig sei, es immer und in jeder Versammlung vorzutragen. Man würde ja sonst die Anwesenden für fast dümmer halten, als es der Herr Gegner sei. — Der Herr Gegner äußerte sich nicht wieder.

**Die Kriegervereine** sollen bei der Wahl den Miliznachschubstreifen, dahin streben die vereinigten Ordnuungspartheien ganz besonders. Zunächst an die Anregung, die Kriegervereine zu Helferschülern heranzuziehen, vom Amtsblatt; da er erfolgte ein entsprechender Aufruf in dem bei Seite gedruckten Kriegerverbandsblatt und nunmehr veröffentlichten die bürgerlichen Blätter einen Auszug aus einem Flugblatt des Vorstandes des deutschen Kriegerverbandes, in dem folgendes gezeigt wird: "So lange deutsche Soldaten im Felde stehen, ist jede Politik, insbesondere jede Parteipolitik ausgeschaltet. Wem will der deutsche Mann glauben, was zur Kriegsführung notwendig ist, dem obersten Kriegsherrn und seinen Generälen oder einer zufälligen Reichstagsmehrheit? Deutsche Soldaten können hierauf nur die einzige Antwort geben, daß sie keinen Mann in den neuen Kriegswaffen wählen, der nicht hundig vorbereitet, die Ehre des Vaterlandes über die Partei zu stellen. Für uns Kameraden des Kriegervereine aber, die wir in unseren Sitzungen die Ehre für Kaiser und Reich gelobt haben, besteht noch die weitere Pflicht, vor allen Dingen einen Sozialdemokraten zu wählen, auch nicht in der Stichwahl. Die Sozialdemokratie hat ihre votenlosen Gesinnung gegenüber den Kämpfern in Südwafzia erwiesen; sie hat nicht einmal auf das Schmalzleben verzichtet, sie hat nicht gegen uns gekämpft, sie hat die deutschen Kämpfer nur Spott gehabt, sie hat unsere tapferen Kameraden besiegt und gepeinigt und sie ih-

lebendig bereit, die deutsche Flagge zurückzuziehen von dem Boden Afrikas, der gesündigt ist mit deutschem Schweiß und deutschem Blut. Jeden deutschen patriotischen Mann verbotet es die Ehre, einen Sozialdemokraten zu wählen, uns Kameraden der Kriegervereine verbieten es überdies die Sitzungen. Kameraden! Wenn es je bei einer Reichstagswahl bei dieser Pflicht war, das Wahlrecht auszuüben, so ist es bei dieser! Geht Mann für Mann an die Wahlurne! Wählt niemanden, der nicht der Reichsregierung die Mittel zur Ausreicherhaltung von Deutschlands Ehre bewilligen will! Wählt vor allem keine Sozialdemokraten! Wahlurne Männer, die über kleinste Parteigebiete die Liebe hochhalten zu Kaiser und Reich!" — Es ist natürlich eine Bewußte Lüge, daß die Sozialdemokratie die deutschen Männer beispielhaft und begeistert hat; es ist ferner eine aus den Fingern gesogene Behauptung, die Sozialdemokratie hätte mit den schwarzen Morden ein Mitgefühl gezeigt. Tatsache ist, daß wie nicht blind alles verdammen, was die Kriegsbereiten tun, und jede Grausamkeit der Weisen entschuldigen. Die "Ehre des Vaterlandes" ist in dem Zusammenhang mit dem Sanwürdigen ein kompletter Unsinn. Wie ein Kriegerverein wählt, das ist ganz seine Sache; er wäre jedoch der größte Ochse, wenn er einem Kandidaten die Stimme geben würde, der ihm seine Lebensbedürfnisse verneint und ihm seine Rechte verklammert. Hier in Lübeck hat man seinerzeit keinen Augenblick gezögert, auch die Mehrzahl der Kriegervereinsmitglieder mindern Rechts zu machen. Merkt euch das und handelt dementsprechend.

**Die Wirkungen der Zölle auf Korn und Vieh** werden im Bericht der Lübecker Handelskammer folgendermaßen gezeichnet: "Die Einführung von ausländischem Getreide, die wegen des Inkrafttretens der hohen Getreidezölle in den ersten beiden Monaten des Jahres ganz besonders stark gewesen war, stößt später gänzlich, während die hohen Zollrückvergütungen bei der Ausfuhr zu einem für die fernere Versorgung des deutschen Kornmarktes nicht unbedeutlichen bedeutenden Export föhren. Die Viehimport aus Dänemark zeigte aus den nämlichen Gründen im Anfang des Berichtsjahrs einen erheblichen Umfang, ließ dann gleichfalls infolge der hohen Zölle nach, stieg aber wieder mit der Zunahme der deutschen Fleischsteuerung, die im übrigen auch den Handel mit Fleisch, insbesondere auch mit Heringen beeinflusst." — Also die Getreideimporte stößt gänzlich, dafür wird seitens der Großagrarien infolge der hohen Zollvergütung noch Getreide exportiert, was ebenfalls zur Preiserhöhung beiträgt. Die Viehimporte ließ gleichfalls nach und die Wirkung war, daß die Arbeiter als Frischheringe essen mussten. Das sind die Segnungen des Zolltarifes, den die Agrarier, Nationalliberalen usw., kurz alle Parteien, die gemeinsam Herrn Klein aufgestellt haben, unter Vergewaltigung der Geschäftsordnung des Reichstages beschlossen haben. Wähler denkt daran, wenn ihr am 25. Januar zur Wahlurne geht!

**Die Zigarettensteuer** soll nach den Behauptungen des Ammblattes weder die Industrie geschädigt noch zu Arbeitserentlassungen geführt haben. Damit vergleiche man folgende Angaben, die wir in einem kürzlich erschienenen Bericht der Lübecker Handelskammer finden: "Die Zigarettenfabrikation ist im Berichtsjahr durch die neue Steuer sehr ungünstig beeinflußt worden. Schon gleich nach der Veröffentlichung des ersten Entwurfs für das Zigarettensteuergesetz wurde eine solche Beunruhigung in alle beteiligten Kreise getragen, daß eine Zeitlang das Geschäft ganz und gar stockte, und in der besten Saison wurden die Fabrikanten gezwungen, ihre Reisenden nach Hause kommen zu lassen, weil die Händler nicht mehr kauften. Diese stagnation des Absatzes hat während der langen Unterhandlungen im Reichstag über das neue Zigarettensteuergesetz angehalten und, als dasselbe schließlich in Kraft trat, sind alle die nachteiligen Folgen in Erfahrung getreten, welche von den Interessenten vorausgesagt, von Freunden der Gesetzesvorlage aber nicht ernst genommen worden waren: wie vollständige Stillstand des Absatzes während mehrerer Monate, zahlreiche Entlassungen und teilweise gänzliche Einstellung der Betriebe. Abgesehen von den Belastungen und bedenklichen Kosten, welche das Vandervollen und die Zollkontrolle mit sich bringen, leidet auch die ganze Industrie noch fortgesetzt unter den Einwirkungen dieser neuen Steuer, insoweit der Absatz bedeutend abgenommen hat und die Preise für billige Zigaretten derartig gedrückt sind, daß nichts mehr daran verdient ist. — So sieht die Wirkung der Zigarettensteuer aus, die von den Vertretern der vereinigten bürgerlichen Parteien beschlossen wurde, gegen welche jedoch die Sozialdemokratie energisch gekämpft hat.

## Verband d. Fabrik-, Land-, Hölz- arbeiter u. Arbeiterrinnen Deutschl. (Bauhalle Lübeck)

### Nachruf.

Am Dienstag, den 8. Januar, starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege

### J. Facklam

im 57. Lebensjahr. Wie werden denselben ein treues Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Burgtor-Kapelle aus statt.

Ablaufsch der Kollegen zur Teilnahme an der Beerdigung 1½ Uhr vom Vereinshaus.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

### Die Ortsverwaltung.

### Baubierlehrling zu Ostern gesucht.

F. Karberg, Dornestraße 9b.

Zu kaufen gesucht ein guterhalt. Kinderwagen mit Gummireifen.

Mit. u. B 15 an die Exped. d. Bl.

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

—

**Sarg-Magazin**

Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**

obere Wühlenstraße 13 und Kurze Königstraße 116a.

Großes Lager am festigen Platze, bekannt billige Preise!

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Überführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Hochfeine Gierkartoffeln  
und Magnum bonum  
**J. Sühr, Untertrave 22.**

**Tapezlerer!**

Donnerstag 8 $\frac{1}{2}$  Uhr abends:  
Große öffentliche  
**Versammlung**  
bei Herrn Buhrmann, Marlesgr. 22.  
Gehilfenauswahl.  
Erscheinen dringend erforderlich.  
Der Vorstand.



# Inventur-Ausverkauf

bei

# Gebrüder Barg

Lübeck, Kohlmarkt 5.

**Carl Folkers**

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

Vollständige Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billige Preise.

Weitgehendste Garantie.

Ümmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Bei Barzahlung Rabatt.

Teilzahlung gefällig.

Gebe rote Lubeca-Marken.

**Willy Koch,**  
Jugendtechniker,  
Lübeck, Holstenstr. 21.

## 216. Preussische Klassen-Lotterie.

Lose zur ersten Klasse vorrätig.

**Carl Bischof, Lotterie-Einnehmer, Braunstr. 36.**

## Achtung Bauarbeiter!

Außerordentl. Mitgliederversammlung  
am Donnerstag den 10. d. M.,  
abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 46/52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Anstellung eines Lokalbeamten.
3. Quartalsabrechnung.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Die Mitglieder des Festkomitees werden um vollzähliges Erscheinen ersucht.

# Oeffentl. Wähler-Versammlungen

finden an folgenden Stellen statt:

**Louisenlust:** Mittwoch, den 9. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.

**Friedrich Franz-Halle:** Mittwoch, den 9. Jan., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Referent: Arbeitsssekretär H. Schneider.

**Flora:** Mittwoch, den 9. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Referent: Arbeitsssekretär R. Wissell.

**Friedrichshof,** Schwartauer Freitag, den 11. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Allee, Referent: Reichstagskandidat Th. Schwartz.

**Genin:** Freitag, den 11. Januar, abends 8 Uhr.

Referent: Arbeitsssekretär H. Schneider.

**Gr. Schreestaken:** Sonntag, den 13. Januar, nachm. 3 Uhr.

Referent: Arbeitsssekretär R. Wissell.

**Nusse:** Sonntag, den 13. Januar, abends 7 Uhr.

Referent: Arbeitsssekretär R. Wissell.

**Travemünde:** Sonntag, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Referent: Arbeitsssekretär H. Schneider.

Zu diesen Versammlungen werden alle dort wohnenden Wähler  
freudlichst eingeladen.

**Unbeschränkte Redefreiheit für Jedermann!**

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

**Mansa-Theater**

Frères Friemel

Steffi's Ueber-Zirkus

Brothers Malmsteen

Grete Palm — Max Frey

Kalinowsky — Joyeux

Rosa Lind

Optischer Berichterstatter

**4 Bonnie Burns.**

Vorverkauf bei Sager und Kalbel.

**Stadt-Theater.**

Donnerstag, 10. Januar, 8 Uhr.

Zum leichten Male:

Der Abt von St. Bernhard.

Schauspiel in 5 Akten von Unt. Ohorn.

Freitag: Carmen.

Sonntag 4 Uhr Niobe, 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Die Geisha.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 7.

Mittwoch, den 9. Januar 1907.

14. Jahrg.

**Das Wahlbüro**  
der  
**Sozialdemokratischen**  
**Partei Lübecks**  
befindet sich im  
Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.  
Geöffnet:  
Wochentags von morgens 9 bis abends 9 Uhr.  
Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr.

## Mittelstand und Sozialdemokratie.

Selbstverständlich werden im Wahlkampfe die kapitalistischen Parteien wiederum dem Mittelstand grauslich zumachen suchen vor der Sozialdemokratie, die auf Vernichtung alter selbständigen Existenz ausgeht und dem Mittelstand den Untergang bereiten will. Nun stimmt das freilich mit der Wahrheit nicht überein — und wenn wir wirklich uns vornähmen, den Mittelstand zugrunde zu richten, wie sollten wir das beginnen? Es kann doch nur totgemacht werden von denen, die im Besitz der Macht sind, der ökonomischen und der politischen, sind! Wirklich steht die Sache so — und wer aufmerksam im Wirtschaftsleben Umschau hält, muß es sehen — daß das große Kapital und die Entwicklung der modernen Technik dem Handwerk bereits den größten Teil des Feldes abgetreten hat, auf dem es sich betätigen konnte, und daß weiter Schäden ehemals selbständiger Gewerbetreibender nun als Händler oder Wirt oder Agent sich über Wasser zu halten suchen, wodurch wiederum zu diesen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens übermäßiger Andrang entsteht, damit vermindert sich die Einnahme jedes einzelnen, seine Lebenshaltung verschlechtert sich. Wenn die Sozialdemokratie diese Tatsache feststellt, so ist sie aber daran nicht schuld. So wenig wie das Thermometer, wenn es Kälte anzeigt, die Kälte verursacht hat.

Die Sozialdemokratie hat vielmehr sich zum Ziele gesetzt, den bestjos Gemachten ihr Eigentum zurückzugeben — in der Form des gesellschaftlichen Besitzes! Denn man kann die riesenhaften Produktionsmittel, z. B. Hochöfen, Schiffe, Textilfabriken, Schuhfabriken, Dampfmühlen, nicht in lauter kleine Teile zerschlagen und jedem Arbeitenden ein Stück Privatbesitz geben. Auch die Landwirte sollen den Bodenbesitz zur Bebauung zurückhalten, den einst die Vorfahren der Kinder und großen Herren ihnen wegnahmen und wofür die Kleinbauern jetzt noch in Gestalt von Macht und Zins schwer frönden müssen.

Aber nicht bloß das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung liegt im Interesse auch der verlinkenden, sich kümmerlich hingehenden Mittelschichten, sondern ihr Wollen in der Gegenwart bewegt sich in der gleichen Richtung. Wenn die Sozialdemokratie gegen Auswüchserung des Volkes durch indirekte Steuern auftritt, wenn sie Steuern fordert, die Besitz und hohe Einkommen treffen, willt sie da nicht für den Mittelstand? Und sie willt direkt der großen Kapitalbildung entgegen, nicht bloß durch ihre politische Aktion. Vor mehreren Jahren veröffentlichte darüber der konservative Politiker Karl Jenisch in der „Zukunft“, einem Bismarck-Organ, einen interessanten Artikel. Er räumt ein, daß die Tendenz zur Akkumulation des Kapitals, wie sie Marx voraussagt, in der Tat bestanden hat und sich auch realisiert hätte, wenn nicht die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ihr in die Quere gekommen wäre. „Die Tendenz des modernen (vom Fortschritt der Technik erzeugten) Reichtums, sich in den oberen Schichten zu staunen“ — schreibt er — „ist, wie Marx richtig erkannt hat, wirklich vorhanden gewesen; und hatte sie sich durchgesetzt, so würden die be-

schriebenen Hemmnisse den Fortschritt zum Stillstand gebracht haben. Denn da der Konsum allein es ist — der Konsum, nicht das Kapital —, was die Produktion im Gang hält, so muß diese eingestellt werden, wenn der großen Massen der Konsumtanten die Kaufkraft entzogen wird. Das Hauptverdienst für die Überwindung des letzten Punktes gebührt der Arbeiterbewegung, und zwar gerade der sozialdemokratischen, revolutionären.“

Der Verfasser führt dies des näheren aus, indem er konstatiert, daß sie für einen bedeutenden Teil der Lohnarbeiter und Dienstboten Lohnnerhöhungen durchgesetzt hat. Nehmen wir an, daß in allen Kulturstaten zusammen die Zahl der Arbeitenden, die an der Lohnnerhöhung seit 1850 teilnahmen, nur 30 Millionen und daß die Einkommenserhöhung nur 800 Mark auf den Kopf betrage, so bedeutet das eine Erhöhung der Kaufkraft um neun Milliarden. Der Mehrverbrauch ist nicht ganz so hoch anzuschlagen, da einiges gespart wird. Aber sei er nur sieben Milliarden wert, so ist auch das schon beträchtlich. Die Millionäre müßten sich sehr anstrengen, um dasselbe leisten zu können; von 70 000 Millionären müßte jeder jährlich 100 000 Mark ausgeben.“ Mit anderen Worten: wenn die Arbeiter bessere Löhne erhalten, steigert sich ihr Konsum und nähert sich mehr und mehr einer kulturellvollen Lebenshaltung. In den oberen Schichten dagegen, wo der Konsum des täglichen Bedarfs meist an der Grenze der Sparsamkeit angelangt ist, kann sich derselbe nicht mehr in nennenswertem Grade steigern. Die großen kapitalistisch erworbenen Reichtümer fließen nicht ab im Konsum, sondern bleiben zurück und bewirken eine wachsende wirtschaftliche Verfestigung der oberen Schichten.

Mittelstand kommt die Steigerung des Konsums bei den Arbeitern infolge höherer Löhne der Gesamtproduktion zu statten, also auch dem Großkapitalisten. Unmittelbar aber kommt sie besonders dem Mittelstand zugute.

Klopftreter der kapitalistischen Parteien werden trotzdem wiederum den kleinen Leuten“ die Hände vollständig über die Abgrundschlechtigkeit der Sozialdemokratie. Werden kann, wird sich aber sagen, daß auch der Bauer und der kleine Gewerbetreibende dafür eintreten müßt, daß Sozialdemokraten gewählt werden.

## Soziales und Parteileben.

Wortschritte im Kampf gegen den Kost- und Logiszwang. Dem Verbande der Bäcker ist es in einer ganzen Reihe von Orten gelungen, den Kost- und Logiszwang abzuschaffen bzw. geregelte Verhältnisse auf diesem Gebiete zu schaffen. Der Erfolg müßte noch bedeutend größer sein, wenn nicht die Organisation gezwungen wäre, gegen die eigenen Arbeitsgenossen, die sogenannten „Gelben“ zu kämpfen. Jetzt mehrern sich die Anzeigen, daß dem ungleich schwächeren Verbande der Fleischer es gelingt, Bresche in dieses unwürdige System zu legen. In dem jetzt beendeten Kampfe in Mannheim, welcher mit seltener Heftigkeit geführt wurde, und zwar von beiden Seiten, ist auch auf dem Gebiete des Logiszwanges ein annehmbarer Fortschritt zu verzeichnen. Der betreffende Absatz der bezüglichen Abmachungen lautet: Das Logis beim Arbeitgeber wird grundföhlich abgeschafft. Es kann jedoch auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem einzelnen Gesellen das Logis vom Arbeitgeber auch künftig gewährt werden, sofern die betreffenden Räumlichkeiten von der Leitung des Gesellenverbandes als den Anforderungen eines wohnlichen Zimmers genügend anerkannt werden.

Ist die Zahlstelle einer Arbeiterorganisation ein selbständiger Verein? In einer Wirtschaft zu Wellinghausen hatte eine Versammlung der dortigen Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes stattgefunden, deren Vorsitzender sich weigerte, daß vorgeschriebene bzw. verlangte Mitgliederverzeichniss der Polizeibehörde einzurichten. Das Schöffengericht verurteilte den Vorsitzenden auf Grund der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zu Strafe. Auf die vom Angeklagten eingelegte Berufung hin hatte die Bochumer Strafkammer das Urteil aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen. Weil aber der Staatsanwalt Revision einlegte, hatte sich das Kammergericht mit der Sache zu befassen. Es hob das freisprechende Urteil auf und ver-

wies den Fall zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Oberfinanz zurück. In der jetzt stattgefundenen neuen Verhandlung hat die Bochumer Strafkammer die Berufung des Angeklagten verworfen. Er hat also Strafe und Kosten zu zahlen.

Aus dem Polizeistaat. Berliner Bürgerliche Blätter melden aus der Hauptstadt von Preußen-Deutschland: „In der Stettinerstraße 45 befindet sich eine Armentankenklinik, aus der unbemittelte Arme Speisen für ihre kranken Angestellten zu billigen Preise erhalten. Die übrigbleibenden Reste werden an völlig Unbemittelte verteilt. Täglich finden sich auf dem Hof zahlreiche Arbeitslose, hungrende Frauen usw. ein, um den Hunger zu stillen. Während der kalten Winterzeit ist die Zahl dieser Unglücklichen außerordentlich groß. Auch gestern hatten sich wieder etwa hundert Personen eingefunden. Bloßlich erschien eine Abteilung von Polizeibeamten auf der Bildfläche und brachte die ganze Gesellschaft zur nächsten Wache. Diejenigen, die sich dort durch Legitimationspapiere ausweisen konnten, wurden bald wieder entlassen. 41 Personen mußten auf der Wache zurückbleiben. Sie wurden später sämtlich nach dem Polizeiviertel übergeführt. Der Massentransport der Sichteten erregte mit Recht peinliches Aufsehen.“

Kinderleid — Elterneleid. Am 27. Dezember 1906 fand vor der Strafkammer III des Landgerichts Mannheim eine Verhandlung statt, die ein greelles Licht auf die Herrlichkeit unserer Gesellschaftsordnung wirft. Angeklagt waren vier kleine Knirpse, die kaum über die Schranken des Verbrecherbänkels hinausschauen konnten, vier Volkschüler aus Neuludwigsheim. Sie waren beschuldigt, beim Kaufmann Rauch und Eisenhändler Merkel Geldbeträge entwendet und einen Teil für Zuckerwaren „verschleckt“ zu haben. Die Sünder waren geständig. Als aber das Gericht feststellen wollte, wie die Tat möglich war, kamen interessante Dinge zur Sprache. Der Bezirksgendarm gab an, in Neuludwigsheim seien infolge der niedrigen Löhne in der Tabakindustrie in den meisten Häusern Männer und Frauen geschwängert, in der Fabrik zu arbeiten. Von morgens früh bis abends spät seien die Eltern bei den Zigarettenmachen beschäftigt, und die Kinder im Dorfe seien sich selbst überlassen. Die Lehrer, die über die Intelligenz und den Charakter ihrer Jünglinge Auskunft geben sollten, konnten Genaueres nicht sagen. Der eine Lehrer trug vor, die Klassen seien derart überfüllt, daß auf Anordnung der Schulbehörde auch diejenigen Schüler, die das Jahrespräsenz nicht bewältigen konnten, nicht als Reptanten zurück behalten werden, weil eben kein Platz da sei. Das Gericht hat natürlich nach der Schablone die Kinder zu Gefangenstrafen verurteilt — die Herren nahmen an, daß die armen Jungen die Erkenntnis der Strafbarkeit ihrer Handlung befreien hätten. Die Art, wie der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wengler, das Verhör leitete, beweist kein sehr großes Verständnis für die traurigen sozialen Verhältnisse, deren Opfer die Kleinen sind. Der Sozialdemokratie wird von Deuchlern und dummen Herren vorgeworfen, daß sie die Familien zerstören wolle. Und hier ist auch für den Blinden klar zu sehen, daß die kapitalistische Weltordnung es ist, welche die Familien auseinander reißt und den Kindern die Mutter raubt. Der Staat aber sorgt dafür, daß in überfüllten Schulklassen die im Elternhaus veräumte Erziehung nicht nachgeholt werden kann. Auf gewachst, Arbeiter! Der 25. Januar ist Zahlstag!

Der Straßenbahnerstreik in Kopenhagen ist erfolgreich beendet. Das Wolfsche Bureau berichtet vom 8. Januar: Die Straßenbahnenbeamten, die am 2. Januar wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten waren, haben heute einen Ihnen von dem hiesigen Bürgermeister Jacobi gemachten Vermittelungsvorschlag angenommen. Darach werden die von den Ausständigen aufgestellten Forderungen von der Straßenbahngesellschaft mit einigen Änderungen willigt. Die Arbeit wird Montag früh wieder aufgenommen. Das Ergebnis des Ausstandes sind kleinere Lohnverbesserungen und eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Du bist nun im Begriffe, das verborgene Geheimnis deines Gatten zu erforschen. Du willst ihn überraschen über dem Bruche seiner ehelichen Treue, ihn beschämen in Beisein einer verworfenen Geliebten. Es ist billig, daß Gefahr und Vorsicht auf beiden Seiten gleich sei. Bevor du eintrittst, schwör mir, daß du selber nie eines gleichen Fehls dich schuldig gemacht, daß du rein seist an dem Verbrechen, dessen du zeihst deinen Gatten. Du suchst Ausflüchte, sprach Elga. Weil! fuhr der Graf fort, durchgeh in Gedanken dein verlorenes Leben, und wenn du eine Makel, ich will nicht sagen ein Brandmal, darin entdeckst, so tritt nicht ein in dieses Gemäuer. Elga drängte sich am Grafen vorbei, dem Eingange zu. Er stellte sich ihr von neuem in den Weg, indem er ausrief: Du gehst nicht ein, bevor du mir's eidlich versichert. Lege deine Hand auf das Haupt deines Kindes und schwör! Da legte Elga die Rechte auf das Haupt der schlummernden Kleinen und sprach: So überflüssig mir ein solcher Schwur scheint, so gut du selbst davon überzeugt bist, wie sehr er es sei, so betrügt mich doch! — Halt! schrie Starcschenski es ist genug. Tritt ein und sieh!

Der Graf schloß auf. Sie stiegen eine schmale Wendeltreppe hinan, die zu einer gleichfalls verschlossenen Türe führte. Der Graf öffnete auch diese, und nun traten sie in ein geräumiges Gemach, dessen hinterster Teil durch einen dunklen Vorhang abgeschlossen war. Der Graf setzte Stühle an einem vorgehobenen Tische zurecht, entzündete an dem Lichte seiner Blendlaternen zwei Wachskerzen in schwarzem, ehemals Leuchtern, zog aus der Schublade des Tisches ein Heft Papier her vor und winkte seiner Frau, sich zu setzen indem er sich gleichfalls niederließ. Elga sah rings um sich her, bemerkte aber niemand. Sie sah und hörte.

Da begann der Graf, dem Lichte näher rückend, zu lesen aus den Papieren, die er hielt: Auch bekannte ich, mit der Tochter des Starosten Lachek unerlaubte Gemeinschaft gepflogen zu haben; vor und nach ihrer Vermählung mit dem Grafen Starcschenski. Ihrer Ehe einziges Kind — "Unerhörte Verleumdung!" schrie Elga und sprang auf. Wer wagt es, mich solcher Dinge zu zählen? — Ogniski! rief der Graf. Steh auf und betrügt deine Aussage! Bei diesen Worten hatte er den Vorhang hinweggerissen, und eine Mannsgestalt zeigte sich, auf stroh liegend, mit Ketten an

die Wand gefesselt. Wer ruft mich? fragte der Gefangene. Elga ist hier, sagte der Graf, und fragt, ob es wahr sei, daß du mit ihr gefest? — Wie oft soll ich's noch wiederholen? sagte der Mann, sich in seinen Ketten umhend, ich habe sie genossen! — Hörst du, schrie der Graf zu seiner Gattin, die bleich und erstarrt stand. Nimm hier den Schlüssel und öffne die Fesseln dieses Mannes! Elga zauderte. Da riss der Graf seinen Säbel halb aus der Scheide, und sie ging. Mitternächtlich fielen die Ketten ab, und Ogniski trat vor. Was wollt Ihr von mir? sagte er. Du hast mich im Kleinsten verletzt, sprach der Graf. Du weißt, wie Männer- und Edelleute ihre Bekleidungen abtun. Hier nimmt diesen Stahl, führ er fort, indem er einen zweiten Säbel aus seinem Oberrock hervorzog, und stelle dich mir! — Ich mag nicht stehen! sagte Ogniski. — Du mußt! schrie Starcschenski und drang auf ihn ein. Mittlerweile hörte man Geräusche auf der Treppe. Elga, die unbewußt dagestanden hatte, sprang jetzt der Tür zu und verfluchtete, diele zu öffnen, indem sie laut um Hilfe rief. Starcschenski erreichte sie, da sie eben nach der Kleine griff, stieß das Weib zurück und schloß die Türe ab. Die Zwischenzeit benutzte Ogniski, und während der Graf noch am Eingange beschäftigt war, riß er das Fenster auf und sprang hinab. Der Fall war nicht tief; Ogniski erreichte unbeschädigt den Boden, und als der Graf von der Türe weg zum Fenster elte, verhälten bereits die Fußtritte des Entflohenen in weiter Entfernung. Der Graf wendete sich nun zu seiner Gemahlin. Dein Mitschuldiger ist entflohen, sagte er, aber du entgehst mir nicht. — Kannst du jene Verleumdung glauben? stammelte Elga. — Ich glaube dem, was ich weiß, sprach Starcschenski und dem Stempel der Aehnlichkeit in den Zügen dieses Kindes. Du mußt sterben, sagte er, und zwar hier auf der Stelle! — Elga war auf die Knie gefallen. Erbarme dich meines Lebens! rief sie. Beginne mit mir, was du willst! Verbanne mich! verstoße mich! heiße mich in einem Kloster in einem Kerker den Rest meiner Tage vollbringen, nur lass mich leben! leben! — Der Graf bedachte sich eine Weile dann sprach er: Weil du denn dieses schmachtfüllte, schreckliche Dasein schätzest über alles, so wisse: ein einziges Wetter gibt es, dich zu retten. — Nenne es, nenne es, wimmerde Elga. — Der Brandstiel meiner Ehe, sprach der Graf, die





Reise wird vor dem Justizminister in Darmstadt aufzutunen, ich hoffe, daß man das Schloß bei ihm findet. Der Chef ging hinunter in das Kabinett; Theodore aber forderte den alten Mann auf, ihm zu folgen, definierte ihn für seine geistige, doch mit Muster den Brief entwendet haben könne, zu sprechen.

„Durch Habermann hatte am Fuße der Treppe gestanden und monches Wort vernommen, wodurch ihm genügend über die Sache gelehrt wurde.“

„Als er hörte, daß der Chef das Zimmer verließ, schlich er sich hinaus ins Kabinett zurück und traf darin, daß den beiden Söhnen lächelnd. „Ich rückte es ihm nicht gesagt haben, Sie lieben sich durch Freundschaft nicht.“

„Sie hatte seinen Sohn kaum angegesehen, als der alte Theodore eintrat; sie verlor ihre Miene des Gesellen, blickte ihn äu-

ßerlich an und sprach: „Sie hatten den alten Mann.“

„Sie hatten den alten Mann“, erwiderte er. „Sie hatten ihm seiner Tochter wegen, bei der Sie sich einen Rock geholt.“

Habermann lächelte um die Lippe.

„Es ist mehr, daß ich mir einen Rock holte“, sagte er,

„aber ob Sie bestätigt war, ihm mir zu geben, ist eine andere Sache.“

Die Angen werden ihm gefallen werden, wenn es Ju-

feht.“

„Wollen Sie Rolo Sohns verleumden?“ fragte Wangerfeld.

„Nein, Herr Wangerfeld, es ist meine Vision nicht, jemand zu beschuldigen, auch dann nicht, wenn ich einen Stroll gegen ihn habe.“

„Sie müssen aber nicht, was alles in ihrer Wohnung.“

„Ihres treuen, soßen Haushaltes ge-

trieben wird.“

„Was ist es?“ fragte der alte Herr.

„Nehmen Sie es?“ fragte der Chef in gespannter Form.

„Sagen Sie, denn die Vergangenheit dieses Mannes?“

„Sich, nur aus seinen eigenen Mittelungen? Sie haben

sagen! „Sag mir.“

„Schön, Sie können ihn, weil Sie die Verleumdung

mitbekommen haben, und Sie die Verleumdung

der jungen, noch ein jugendlicher, gewissenhafter Mann hier.“

„Er ist bei Schönfeld berufen worden.“

Der Sohn des kleinen Herrn ruhte mir erwartungsvoller Spannung auf dem Bettende.

„Die berührt ist nicht“, sagte er.

„Sagen Sie über mich, was ich nicht mehr, aber eines abends nicht.“

„Sie vermeidet Schönfeld, so hören Sie es.“

„Sie nicht, um Schönfeld herumzugehen.“

„Das sagten Sie.“

„Sie sagten, Sie werden nun keinen Schönfeld mehr.“

&lt;p